

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht ausgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Mittelstr. in Bochum, Wittenhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Wlberband Bochum.

Lebensmittelwucher und kein Ende.

Der „Frankfurter Zeitung“ vom 22. Juli wird von beachtenswerter Seite geschrieben:

„Unsere vorjährige Ernte in den wichtigsten Getreide- und Knollenfrüchten hat dank unserer Organisation viel weiter gesehrt, als jemals gedacht worden ist. Wir kommen mit stattdlichen Vorräten in das neue Erntejahr hinein, und diese neue Ernte, die zum Teil ja schon in den Schuppen ist, zum Teil sich übersehen läßt, ist so gut geraten, daß man ohne Ueberhebung sagen kann: die Idee, uns während des Krieges auszuhungern, ist eine durch die Tatsache erwiesene Lächerlichkeit.“

Es fehlt uns also nicht an Lebensmitteln, trotzdem sind die Preise, besonders für die ärmeren Volksschichten, fast unerschwinglich geworden, weil das Bestreben allgemein ist, die durch den Krieg geschaffene Lage für persönlichen Gewinn auszunutzen. Nicht treffend sagte darüber der freisinnige Abgeordnete Dr. Heinz Posthoff in einem Vortrag im Düsseldorf-Verbraucherkongress:

„Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Meer oder das rote Kreuz oder der hungernde Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungsvorschläge falsche Auskunft, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft zu verheeren und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gesunken, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Wunsch ist allgemeine Verkehrsstille geworden. Er wird auch als solcher von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnot zur Wehrung gewandt.“

Das Organ der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (vom 24. Juli), drückt diese Ausführungen zustimmend ab und bemerkt dazu:

„Bei der völligen Preislosigkeit, die man trotz der üblichen Erfahrungen des ersten Krieges in fast allen Lebensmitteln beobachtet, sah der Beginn der neuen Ernte in Obst, Gemüse, Kartoffeln sofort wieder die unzulängliche Ausnutzung des laufenden Publikums. Dabei ist die Forderung nachgrabe zum Standal geworden und das Essen der Kartoffelbevölkerung ist noch lange nicht am Ende. Nicht nur, daß die Preise wieder allseitig höher gehen, zur Abwechslung ist gegenwärtig wieder fast überall auf den Konsummärkten Kartoffelmangel, nachdem man uns noch eben vor kaum ein paar Wochen belästigt hat, wie es auf den Kartoffeln.“

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 15) schreibt in einem Artikel: „Leuerung und kein Ende“ u. a.:

„Wir haben keinen Mangel an Lebensmitteln, trotzdem sind die Preise kaum noch erschwinglich. Eine ganze Anzahl wichtiger Lebensmittel ist um das Doppelte und Dreifache verteuert. Auch die Preise für Gemüse sind überaus hoch, trotzdem die Zufuhr vom Ausland auch in normaler Zeit nur eine geringe war. Mit dem trockenen Sommer sind die hohen Gemüsepreise nicht allein erklärt. Und diese Entwertung scheint, wenn nicht dagegen eingeschritten wird, noch nicht an einem Abfließen angelangt zu sein. So droht u. a. eine weitere Verteuern der Milch.“

Geht man der Ursache der Verteuern nach, so will niemand dafür verantwortlich sein. Einer schiebt die Schuld auf den andern, aber das Publikum muß zahlen, zahlen. Mit verbächtigen Eifer werden die verteuerten Produktionskosten ins Feld geführt, ferner der Minderabsatz, der einen höheren Preis rechtfertigt usw. Und immer finden wir dann die Entschuldigung: jawohl, der Mann muß seinen Verdienst haben. Hierunter versteht man den Gewinn der regulären Zeit, aber auch noch einen besonderen Kriegsgewinn. Es kommt dabei gar nicht zum Bewußtsein, daß Millionen Deutsche ein vermindertes Einkommen haben und daß es darum nicht mehr wie recht und billig ist, wenn auch der Lebensmittelproduzent und Händler sich mit einem niedrigeren Verdienst begnügt. Nun aber erix nach die Anschauung, auf Grund des Krieges habe der Mann ein Recht auf einen noch höheren Gewinn wie in regulärer Zeit! Mit stillen Gründen ist ein solches Verlangen nicht zu rechtfertigen. Gar mancher zählt die Gewinne und breißt den Krieg, der ihm die hohen Gewinne in den Schoß wirft. Der weiß dazwischen Millionen Frauen und Kinder, denen es an den Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen.

Es geht einfach nicht mehr so weiter wie bisher. Das müssen sich die Regierenden gesagt sein lassen. Die Lagen des Krieges sind entsprechend der sozialen Lage gleichmäßig zu verteilen, nicht aber, daß dem ohnehin Schwachen auch noch die stärkere Last auferlegt wird. Die Regierenden tragen die Verantwortung und sie sollen sich daher ihrer Pflicht in vollem Umfange bewußt werden.“

Das Dortmund-Zentrumorgan, die „Tremonia“ (Nr. 197), schreibt:

„Als objektive Chroniken können wir hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es bedauerlicherweise die unferne Markt besuchenden Landwirte der Umgebung sind, die in der Höhe der Preisforderung für ihre Erzeugnisse an erster Stelle marschieren. Die oben von uns genannten Preise wurden heute im fast allen Verkaufsständen der sogenannten „Bauern“ erheblich, stellenweise bis zu 50 Prozent überzogen. Das hat dazu geführt, daß viele Hausfrauen es prinzipiell meiden, an diesen Ständen ihren Bedarf zu decken, und daß natürlich das oft unbedeutende Wort von der Wegschicklichkeit der Bauern neue Nahrung erhält.“

Die recht-nationalliberale „Dortmunder Zeitung“ (Nr. 363) schreibt:

„Wo aber die Behörde mit eisernem Besen dazwischen fahren sollte, das sind die Zustände, die auf dem Gemüse- und Obstmarkt herrschen. Obwohl an Gartenprodukten kein Mangel besteht, gehen die Preise in keiner Weise herunter; Kohlrabi und Wirsing sind heute, zu einer Zeit, wo sie sonst für Pfennige auf den Markt geworfen werden, kaum für das Doppelte zu haben und schwer fühlbar sind ja, wie wohl alle zu ihrem Reibwesen erfahren haben werden, die Verhältnisse auf dem Obstmarkt. Unerhört wäre es, wenn wirklich die rheinischen Obstbauern ihre Ernte aus reiner Profitgier über Holland nach England verschickten. Was Deutschland produziert, muß im Lande bleiben, denn England will uns aushungern. Dagegen zu verstoßen, ist Verrat am eigenen Vaterlande.“

Das freisinnige „Dortmunder Tageblatt“ (Nr. 167) schreibt:

„An den Pranger! Wir haben in diesem Jahre auf allen Gebieten eine so gute Ernte, wie wir sie sehr häufig nicht zu verzeichnen haben. Das Gemüse ist gut und reichlich geraten. Obst gibt es in Gülle und Fülle, Kartoffeln stief. Die Getreideernte verspricht auch eine über-

das Mittel hinausgehende zu werden. Und trotzdem unverändert hohe Preise für Erzeugnisse des Bodens. Woher kommt das? Ja, woher kommt das? Von der Gewinnsucht der Kreise, die die schweren Zeiten, in denen sich das deutsche Volk befindet, als geeignet betrachten, aus der Haut ihrer selbstenden Volksgenossen sich die Nieten zu schnelzen. Man braucht nur auf unserm Wochenmarkt sich die Preise für Obst, Kartoffeln und Gemüse sagen zu lassen, so wird man erkennen, daß die diesjährigen Preise auf das Doppelte der vorjährigen gestiegen sind. Ohne irgendwelche Berechtigung. Wenn es eine straffe Organisation der Käufer gäbe, würde dem Nahrungswucher bald ein Ende gemacht werden können.“

Das „Bayerische Vaterland“ (Nr. 154) schreibt: „Das nunmehr genügend oft gehörte „Gott strafe England!“ sollte außer Kurs gesetzt und stattdessen denen, die es angeht, schüt und immer lauter ins wartierte Ohr gerufen werden: „Gott strafe unsere Lebensmittelwucherer!“

Die Empörung über den Lebensmittelwucher ist also allgemein. Im sächsischen Landtag brandmarkte der Minister Böhme von Eckardt den Lebensmittelwucher als Verrat am Vaterland. In ähnlicher Weise wurde der Lebensmittelwucher auch in anderen Parlamenten gebrandmarkt! Leider wird damit nichts erreicht.

Wir haben von Kriegsbeginn an den Lebensmittelwucher bekämpft und bedauert, daß alle Maßnahmen der Regierungen und Behörden viel zu spät kamen und sich obendrein als unzulänglich erwiesen, weil sie das Uebel nicht an der Wurzel faßten. Die Wurzel des Übels, das haben wir von Anfang an gesagt, ist das Fehlen einer umfassenden Organisation auf dem Gebiete der Warenherstellung und Warenverteilung. Hier hätte regelnd eingegriffen werden müssen. Jetzt beginnt man das allmählich, leider viel zu spät, auch in anderen Kreisen einzusehen. So schreibt die „Nölnische Volkszeitung“ vom 22. Juli:

„Daß eine Lebensmittelsteuer vorhanden ist, wird von keiner Seite bestritten. Strittig ist nur die Frage, wer sie verschuldet hat. Ueber diese Frage wird Einigung zwischen Warenherzeugern und Verbrauchern kaum herbeigeführt werden. Der Produzent weiß den Vorwurf, Wucher mit den Lebensmitteln zu treiben, zurück, vielleicht mit Recht. Ehe die Ware vom Erzeuger an den Verbraucher kommt, macht sie einen so weiten Weg, daß kaum festzustellen ist, an welchem Punkte sie übermäßig verteuert worden ist. Der Erzeuger erklärt, daß er bei den veränderten Verhältnissen, bei den hohen Erzeugungslosten nicht mehr zu Preisen liefern kann, wie sie in Friedenszeiten üblich waren. Er müsse, um existenzfähig zu bleiben, einen Aufschlag verlangen. Der Großhändler, der ihm die Ware abnimmt, macht ebenfalls Gründe für einen Preisaufschlag geltend, und das gleiche geschieht vielleicht auch vom Kleinhändler. Jeder der einzelnen Stellen schiebt vielleicht das Recht zu, den Vorwurf zurückzuweisen, als treibe er Wucher mit den notwendigen Lebensmitteln. Kommt aber die Ware in die Hände des Verbrauchers, so ist der Preis durch die bei den einzelnen Stellen erfolgten Aufschläge derartig gesteigert, daß der Verbraucher nicht ohne Unrecht von Wucherpreisen sprechen darf. Eine Besserung könnte nur erfolgen, wenn der Weg, den die Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu nehmen hat, abgekürzt würde. Im allgemeinen leugnen wir nicht die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung des Zwischenhandels. Aber in Kriegszeiten müssen sozialpolitische Erwägungen oft vor der Notwendigkeit schweigen, der Gesamtheit des Volkes durch erschwingliche Lebensmittelpreise das Durchhalten möglichst zu machen.“

Sogar im „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird nach der „Nöln. Ztg.“ vom 21. Juli darauf hingewiesen, daß der Großhändler die Ware zurückhalte, wenn der Markt gut beschickt sei, um ein Sinken der Preise zu verhindern, und dann heißt es:

„Es ist Tatsache, daß große Gemüsezüchter in der Nähe von Berlin vor mehreren Wochen Tausende von Zentnern verkaufsfähigen Spinats (der zurzeit gerade besonders hoch) untergepflügt haben, weil sie auf dem Berliner Markt eine ihnen annehmbar erscheinende Absatzgelegenheit nicht fanden. Die Großhändler, denen die Ware angeboten war, hatten aus den angegebenen Gründen den Kauf abgelehnt. Genau dasselbe hat sich zur gleichen Zeit mit Weißkohl abgespielt. Derartige Vorkommnisse beweisen die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen unübersehbar. Nach unserer Auffassung, die, wie wir wissen, von weiten Kreisen geteilt wird, ist es eine unabweisbare Pflicht der zuständigen Behörden, sofort Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die jederzeitige Aufnahme der auf dem Markt nicht unterzubringenden Bestände wertvoller Nahrungsmittel gesichert, deren Vernichtung ein für allemal ausgeschlossen wird.“

Es muß wirklich weit gekommen sein, wenn selbst der halb-offizielle „Lokal-Anzeiger“ die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen unübersehbar für eine Besserung nur für möglich hält, wenn der Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher abgekürzt, das heißt der Zwischenhandel ausgeschaltet wird.

Wie untraglich die Verhältnisse geworden sind, zeigt die auch von uns in Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ wieder-gegebene Meldung, daß fremde Händler die Obstgebiete im heßischen und preußischen Rheingau und an der Bergstraße bereiften, alles erreichbare Obst aufkauften, mit Schiff und Bahn nach Holland und von da jedenfalls ins feindliche Ausland, vor allen Dingen nach England, ausführten. Diese Meldung, so ungläublich sie klingt, wird bestätigt durch den General der Infanterie und Gouverneur von Nöln, Herr von Held, der in einer Bekanntmachung auf das Obstausfuhrverbot aufmerksam macht und dann weiter schreibt („Nöln. Volksztg.“ vom 20. Juli):

„Es ist festgestellt, daß große Mengen von Obst trotz dieser Verordnung aus dem Rheingau, insbesondere auch aus dem Festungs-bereich, aufgekauft und unter falscher Deklaration über die holländische Grenze gebracht worden sind. Es besteht die Vermutung, daß das Obst nach England weitergeleitet wird.“

Anknüpfend an die Meldungen, daß deutsches Obst in großen Mengen nach dem Ausland ausgeführt wurde, schreibt die „Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bereits am 5. September 1914 ein Ausfuhrverbot für Obst und Beeren, sowohl für frische als konservierte Ware, aller Art erlassen wurde. Ausnahmen von diesem Verbot auf Einzelanträge hin sind für die dies-jährige Ernte nicht bewilligt worden. Allgemeine Ausnahmen bestanden für Birnen vom 11. November bis Ende November 1914 und für frische Erdbeeren, Stachelbeeren und süße Kirschen vom 4. Mai-

bis 30. Juni 1915. Die letztgenannte Ausnahme wurde nach dem Einvernehmen mit den Bundesregierungen angeordnet, weil die dies-jährige überaus große Ernte in den drei Obstsorten vom Inlandmarkt nicht vollkommen aufgenommen werden konnte. Daneben besteht nur noch eine Ausnahme für den sogenannten kleinen Grenzverkehr bezüglich aller frischen Beerenobstes aber nur, soweit es sich um Mengen im kleinen Grenzverkehr des üblichen Umfanges handelt.“

Da wähnt man sich doch von einem bösen Traum genarrt. Man bedenke: Während Millionen Volksgenossen sich wegen der unerschwinglichen Preise den Genuß von Birnen, frischen Erdbeeren, Stachelbeeren und süßen Kirschen versagen mußten, war das Ausfuhrverbot für diese Obstsorten zur Zeit der Ernte aufgehoben, weil die überaus große Ernte angeblich vom Inlandmarkt nicht vollkommen aufgenommen werden konnte. Und diesen Ueberfluß konnten dieselben Regierungen schon vor der Obsterte feststellen, welche die Kartoffelernte des Jahres 1914 erst abzuschätzen in der Lage waren, nachdem sie verbraucht war. Da hört einfach alles auf!

Besonders von den ärmeren Volksschichten war allgemein eine Ermäßigung der Getreidehöchstpreise erwartet worden. Nun wird aber bekannt, daß der Bundesrat am 23. Juli den Höchstpreis für Roggen auf 220 Mk., für Weizen auf 260 Mk. pro Tonne festsetzt, d. h. die außerordentlich hohen Sätze des Vorjahres beibehalten hat. Dieser Höchstpreis ist bei Roggen 55 Mark, bei Weizen 65 Mark pro Tonne höher, wie der Durchschnittspreis im Jahre 1913.

Nach solchen und ähnlichen Erfahrungen kann man der angekündigten Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher nicht allzu hoffnungsfroh entgegensehen. Wie wird diese Bundesratsverordnung nach alledem ausfallen? Wird sie wieder nur Höchstpreise bringen, die umgangen werden können, oder Strafandrohungen gegen die Wucherer, die nur in seltenen Fällen oder gar nicht zu fassen sind? Damit würde nichts gebessert. Der Wucher ist allgemeine Verkehrsstille geworden, weil unter den obwaltenden Verhältnissen ein Teil den andern treibt und die Schuldigen daher fast nie zu fassen sind. Wenn der Lebensmittelwucher ein Ende nehmen soll, muß ganze Arbeit gemacht werden, weil Halbsheiten das Uebel nur verschlimmern. Dazu werden sich aber unsere Regierenden nach den bisherigen Erfahrungen kaum aufraffen. Oder sollten wir uns täuschen?

Arbeiterbehandlung i. Oberschlesien

Wir haben schon oft, zuletzt in Nr. 23 der „Bergarbeiter-Zeitung“, berichtet, daß die Klagen über schlechte Behandlung der Arbeiter hauptsächlich aus Oberschlesien kommen. Hohe Schimpfworte und sogar tätliche Mißhandlungen wurden beklagt. Selbst die auf Grund der Eingabe der Bergarbeiterverbände vom 22. Februar vorgenommene, sehr unvollständige bergamtliche Umfrage hat die Veredigung der Arbeiterklagen ergeben, wie den Organisationsleitern am 27. Mai im Handelsministerium mitgeteilt wurde. Der Herr Minister Dr. Sydow hat darauf Veranlassung genommen, in einem Erlaß an das Oberbergamt sich gegen die unwürdige Behandlung der Arbeiter auszusprechen und es angewiesen, die zuständigen Kontroll-beamten dahingehend zu unterrichten. Dieses anerkennenswerte Vorgehen des Ministers hat leider nicht den erwarteten Erfolg gehabt, wie folgende Darlegungen zeigen:

Durch die Einberufungen zum Kriegsdienst sind die Reihen der aktiven Bergarbeiter auch in Oberschlesien stark gelichtet worden. Da aber die Kohle ein im Krieges nicht zu entbehrendes Produkt ist, versuchten die Werke, Arbeiter aus dem besetzten russisch-Polen zu bekommen. Es wurden gute Lohn- und Arbeitsbedingungen und gute Behandlung in Aussicht gestellt und bestimmt zugesichert, daß jeder, dem es nicht gefalle, kündigen, aufhören und anderweitig in Arbeit treten könne. Die Arbeiter glaubten den Versicherungen der Werksbeamten besonders deshalb, weil sie die Wahrnehmung gemacht hatten, daß die deutschen „Barbaren“ ganz anständige Menschen sind und die Zivilbevölkerung im besetzten russisch-Polen besser behandelten, als es vordem das russische Heer getan hatte. Sie berichten, daß, als im vergangenen Herbst die Stadt Lodz noch von den Russen besetzt war, die Zivilbevölkerung drei Wochen kein Brot bekommen hat, weil alles beschlagnahmt war, und als dann die Stadt von deutschen Heer genommen wurde, seien gleich Brot und andere Nahrungsmittel ausgeteilt worden. Das rechnete man Deutschland hoch an. Als dann ober-schlesische Werksbeamte nach Lodz kamen und recht freundlich waren, gingen die hungernden Arbeiter gerne mit nach Deutschland. Einige Hundert kamen nach den Fürstlich Pleßschen Bergwerken in Lazisk, der Grabe- und Prinzengrube. Die Arbeiter sind russische Staatsangehörige, aber deutscher Abstammung. Ihre Vorfahren sind als Weiber nach dem polnischen Manchester gegangen und haben durch Fleiß und Tüchtigkeit die dortige Textilindustrie zu einem Welt-ruf gebracht. Unter den von dort gebrachten Arbeitern sind alle Berufe vertreten, nur keine Bergleute. Sie hatten in ihrem Leben noch kein Bergwerk gesehen, waren also bergfremd. Statt nun bei der Angewöhnung an den neuen Beruf den Arbeitern mit guten Worten behilflich zu sein, wurden sie hart angefahren, viele gröblich beleidigt und geschlagen. Wir übertreiben nicht. Zahlreich sind die Fälle von Prügeleien, die unserer ober-schlesischen Bezirksleitung zur Kenntnis gebracht und von dieser der zuständigen Bergbehörde unterbreitet wurden. Bei den Untersuchungen durch die Bergbehörde hat sich immer die Richtigkeit der gemachten Angaben ergeben. Diejenigen, die geprügelt haben, sind praktisch und theoretisch gebildete Grubenbeamte. Das ist nicht erhebend für diesen Stand.

Ist es verwunderlich, wenn dann die Arbeitsfreudigkeit verschwindet und die Leistung sinkt? Nicht im geringsten! Wir haben die Ueberzeugung von den Arbeitern gewonnen, daß, wenn sie anständig behandelt werden, mit ihnen große Leistungen erzielt werden können. Auch bezüglich des Lohnes sind die gemachten Versprechungen nicht gehalten worden. Auch diese Tatsache hat ein Gefühl der Bitternis hinterlassen.

Wir erkennen gerne an, daß die Bergbehörde bemüht ist, die Beschwerden der Arbeiter zu beseitigen. Das Schlimme hat auch aufgehört. Steiger Kräfte verkehrte folgendes: „In die Presse bekommt ihr jetzt nichts mehr, aber Strafen jetzt es

ab." Das sind natürlich auch nicht so rosigte Aussichten. Die schwersten Beschimpfungen werden aber den Arbeitern noch immer entgegengeleudert.

Das schlimmste ist aber das Einsperren der Arbeiter in eine Gefängniszelle, die einem Stall ähnlich sieht, ohne Licht und Luft, bei Wasser und Brot, wider Gesetz und Recht, und ohne jedes Verhör! Es dürfte allen vernünftigen Menschen einleuchten, daß sich die Arbeiter bei dieser Behandlung nicht wohl fühlen und versuchen, von den beiden Grübern fortzukommen und anderweitig in Arbeit zu treten. Besonders wird auch sehr bitter über das auf der Brabegrube verabsorgte Essen geklagt. Es soll minderwertig und vielfach sehr unappetitlich sein. Wer kann sich denn da wohl fühlen? Die Arbeiter versuchen also fortzukommen. Das geht aber wirklich nicht so leicht. Am 15. Mai kündigten auf der Brabegrube acht jüdische Arbeiter. Nach abgelaufener Kündigungsfrist forderten sie am 31. Mai die Entlassung. Sie wurde verweigert, obwohl bei der Anwerbung den Arbeitern bestimmt versichert wurde, sie könnten zu jeder Zeit kündigen und anderweitig in Arbeit treten, wenn es ihnen nicht gefallen sollte. Als die jüdischen Arbeiter nun auf ihrer Entlassung bestanden und auf das gegebene Versprechen hinwies, wurde der Dorfschuhmann gerufen und dieser führte auf Veranlassung des Grubenbeamten zwei Arbeiter ab und steckte sie in das Dorfgewächshaus. Den anderen sechs wurde geböt: „Wenn ihr nicht sofort die Erklärung abgibt, daß ihr weiter arbeiten wollt, geht es euch auch so.“ Die Leute, dadurch eingeschüchtert, erklärten nun, weiter zu arbeiten. Die zwei Arbeiter haben fünf Tage bei Wasser und Brot und ohne Verhör gefessen. Dann hat man sie freigelassen, als sie erklärten, wieder auf der Brabegrube zu arbeiten. Inzwischen hatten sich die Leute mit dem Herrn Rabbiner Dr. K o p f s t e i n - W e u t h e n in Verbindung gesetzt und dessen Bemühungen war es dann gelungen, sie am 15. Juni von der Brabegrube frei zu bekommen und sie in Weutchen unterzubringen. Bei der Abreise von Lozisk hatten sich die sechs Arbeiter, die trotz abgelaufener Kündigungsfrist weiter gearbeitet hatten, nicht abgemeldet. Sie fuhren darum am 19. Juni wieder nach Lozisk, um sich abzumelden. Da waren sie aber richtig angekommen, denn sie wurden eingesperrt und nicht eher wieder losgelassen, bis sie erklärten, wieder auf der Brabegrube zu arbeiten. Sie haben zehn Tage gefessen, ohne Verhör und bei kümmerlicher Nahrung. Amtsvorsteher dieser Gemeinde ist Herr Bergverwalter N i k o l a u s von der Brabegrube!

Der Arbeiter V o l f M o t h von der Prinzengrube hatte sich am Sonnabend, den 5. Juni, erkältet und sich eine Finger-Verletzung zugezogen. Er hat nachweislich am Sonntag, den 6. Juni, das Bett nicht verlassen. Am Montag, den 7. Juni, fühlte er sich noch unwohl und beauftragte darum einen Arbeitskameraden, ihn zu entschuldigen. Der Auftrag wurde ausgeführt, aber Steiger Krubski nahm die Meldung nicht an. Mittags hat der Arbeiter um eine Speisemarke. Sie wurde vom Steiger B a u m g a r t mit der Bemerkung verweigert, wer nicht arbeite, bekomme auch nichts zu essen. Ohne Speisemarke wird in dem Gruben Schlafhaus kein Mittagessen verabreicht. Der Franke Arbeiter wurde dadurch also zu einer Hungerkur verurteilt. Am 7. Juni nach Beendigung der Früharbeit verständigte sich M o t h mit zwei anderen Arbeitskameraden dahin, daß sie am Dienstag, den 8. Juni, nicht einfahren, sondern nach K a t o w i c z zur Arbeitsbehörde gehen wollten, um sich über die Behandlung zu beschweren. Obersteiger G o e d i e c k e hat aber einige Tagelöhner vor das Schlafhaus gestellt mit der Anweisung, niemand herauszulassen. Es ist dann der Dorfschuhmann gekommen, hat auf Anordnung des Obersteigers Goediecke die Arbeiter B e r t z, K o t h und K u b a s i e w i c z gefesselt und sie in den 20 Minuten von der Grube entfernt liegenden Gefängnisraum gesperrt. Dort haben die drei Leute ohne Verhör bis zum 12. Juni bei Wasser und Brot gefessen. In diesem Tage wurden sie wieder vom Schuttmann zur Grube begleitet und haben dort auch wieder weiter gearbeitet. Wer gibt den Grubenbeamten das Recht, ohne weiteres Arbeiter einsperren zu lassen?

Am 15. Juni kündigten sechs Arbeiter, die auf der Brabegrube beschäftigt waren, weil sie sehr wenig verdienten. Sie waren über Tage beschäftigt, der Lohn betrug im Höchstfalle 3,50 Mk. Sie hatten sich im hiesigen Industrierivier um andere Beschäftigung bemüht und auch erhalten. Am 30. Juni wurde aber trotz abgelaufener Kündigungsfrist die Aushändigung der Papiere verweigert. Desgleichen am 1. Juli. Am 2. und 3. Juli wurden die sechs Arbeiter eingesperrt und saßen noch am 15. Juli. Sie schickten unserer Bezirksleitung einen Brief,

worin gesagt wurde, daß sie sich vor Ungeziefer nicht retten könnten. Ihr Körper glück nach ihren Mitteilungen einer einzigen Wunde, von Floh- und Käufestichen herrührend. Dann kein Brot und keine Luft. Die Zelle ist nicht ganz 3 Meter hoch, 3,80 Meter lang und breit. Die Luftöffnung ist 25 Zentimeter hoch und 40 Zentimeter breit. In diesem Raum saßen fast 14 Tage sechs erwachsene Menschen ohne gefällige Sandhabe, ohne Verhör und Vernehmung. Einer der Arbeiter war erkrankt und forderte ärztliche Behandlung. Das wurde verweigert.

Am 25. Juni richtete unsere Bezirksleitung an das Oberbergamt in Breslau eine Beschwerde. Darin war mitgeteilt, daß Arbeiter auf der Prinzengrube geschlagen und gefesselt worden waren und drei Stunden in Fesseln auf der Grube gestanden hätten. Das Oberbergamt hat die Angaben unterfucht und bestätigt gefunden. In seiner Antwort an unsere Bezirksleitung teilt das Oberbergamt u. a. mit: „Wir haben nach Abschluß der Ermittlungen dafür Sorge getragen, daß eine Wiederholung der durch die Untersuchung festgestellten Mißstände für die Zukunft vermieden wird.“

Während das Oberbergamt diese Antwort erteilte, saßen sechs Arbeiter und hatten die geschilderte Behandlung zu erdulden. Diese Tatsache zeigt, daß die Anordnungen des Oberbergamtes nicht die notwendige Beachtung fanden.

Man bedenke sich noch einmal alles. Die Arbeiter werden unter schönen Versprechungen nach Oberschlesien gelockt. Guter Lohn und gute Behandlung werden in Aussicht gestellt, jedermann sollte frei abfahren und sich andere Arbeit suchen können. Und nun eine solche Behandlung! Und trotz allen Bemühungen der Bergbehörden wollen die Klagen nicht verstimmen. Darum wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Öffentlich trägt das zur Abhilfe bei.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher.

Der „Sächsischen Zeitung“ (zweite Morgenausgabe vom 24. Juli) entnehmen wir folgende amtliche Meldung:

„Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung (23. Juli) den Erlaß einer Verordnung beschlossen, welche sich gegen übertriebene Preissteigerungen bei dem Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel und Genussmitteln aller Art, rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leuchtstoffen richtet. In der Verordnung ist einmal die Möglichkeit der Enteignung vorgesehen für die Fälle, wo jemand bezahlte Gegenstände zurückhält, sobald ist in ihr eine Strafbefugnis enthalten gegen diejenigen Erzeuger und Händler, welche für oben genannte Gegenstände sowie für solche des Kriegsbedarfs Preise fordern, die einen übermäßigen, durch die gesamten Verhältnisse, insbesondere die Marktlage nicht gerechtfertigten Gewinn enthalten. Auch wird weiter bestraft, wer Vorräte solcher Art in gewinnstichtiger Absicht zurückhält, vernichtet oder andere unzulässige Maßnahmen vornimmt. Mit dem Erlaß dieser Verordnung wird den vielfachen Wünschen aus allen Kreisen der Bevölkerung Rechnung getragen, welche durchgreifende Maßnahmen gegen die gewinnstichtigen Preissteigerungen, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt, zum Gegenstande hatten. Die Verordnung ist deshalb vom sozialen Standpunkt besonders zu begrüßen.“

Abwarten! „Übertriebene Preissteigerungen“ und „übermäßiger Gewinn“ sind so behdare Begriffe, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob diese Verordnung an den obwaltenden Verhältnissen viel ändern wird, abgesehen davon, daß die Schuldigen nur selten oder nie zu fassen sind, wie wir in unserem Vorkriegszeit bargelegt haben.

Gegen die Lebensmittelsteuer

erliegen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der sozialdemokratische Parteivorstand am 16. Juli 1915 folgende Rundgebung:

Zunmer schwerer laftet die allgemeine Teuerung auf den ärmeren Volkskreisen. Die Preise für Fleisch sind unter rücksichtsloser Ausnützung der durch die Schweine- und die Schlachtviehknappheit geschaffenen Konjunktur um fast 100 Prozent gesteigert worden und steigen weiter. Weltweite Krise, besonders unferer schwer arbeitenden Bevölkerung, wurden dadurch vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig ausgeschlossen. Auch alle anderen Lebensmittel, besonders die als Ersatz für Fleisch angepriesenen, wie Gemüse, Fische, Eier, Milch, Butter, Käse, Zucker sind ungewöhnlich teuer und steigen noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Kartoffelmarkt macht sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Preissteigerung monatlang zurückgehaltenen Kartoffeln mußten im Frühjahr auf den Markt gebracht werden und gelangten zu niedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese hatten nun erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab, die die Einkaufspreise um 200 bis 300 Prozent übersteigen.

Unnmer ist noch bekannt geworden, daß der Bundesrat die Höchstpreise für Getreide, die schon 30 bis 40 Prozent höher als im Frieden sind, erhöhen will. Also auch das Brot, dieses allerwichtigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr verteuert werden. Das muß in den weitesten Volkskreisen Enttäuschung auslösen.

Namens des wertvollen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen jede Erhöhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher.

Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Bereicherung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufsverbot muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preissteigerung verhindert werden.

Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinderäten ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen.

Eine äußerst scharfe Verfügung gegen den Lebensmittelwucher

hat der Gouverneur der Festung Köln erlassen. Sie hat folgenden bemerkenswerten Wortlaut:

„Die notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände haben eine Preissteigerung erfahren, die von den minderbemittelten Volkskreisen äußerst schwer empfunden wird.“

Die Preissteigerung ist zum Teil künstlich herbeigeführt worden. Gewinnstüchtige Absicht hat zu unzulässigen Nachschüssen im geschäftlichen Verkehr sogar mit den für die Volksernährung und Unterhaltung unentbehrlichen Gegenständen geführt. Sowohl Produzenten als auch Händler haben die Waren aus dem Verkehr zurückgehalten, um die Nachfrage zu erhöhen und dadurch höhere Preisangebote zu erzielen. In einzelnen Fällen ist auch ein Überschreiten der festgesetzten Höchstpreise festgestellt worden, z. B. bei Kartoffeln und Zucker.

Ich erwarte, daß alle Volkskreise der Gefahr, die dem Vaterlande durch solch unpatrisiotisches Verhalten droht, entgegenwirken und diejenigen Fälle zur Kenntnis des Gouvernements bringen, in denen notwendige, zum Verkauf bestimmte Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände von Produzenten oder Händlern zurückgehalten, oder Preise gefordert oder geboten werden, die als unerschwinglich hoch bezeichnet werden müssen. Der Angelegende hat seinen Namen mit Wohnung genau anzugeben.

Ergibt sich, daß die bestehenden Strafgesetze zur Beseitigung der Schäden nicht ausreichen, so werde ich unverzüglich weitere Verordnungen erlassen.

Wer durch künstliche Preissteigerungen oder durch unangemessene Verbienste im geschäftlichen Verkehr mit Lebensmitteln oder Gebrauchsgegenständen die Interessen der Allgemeinheit verletzt, wird öffentlich namhaft gemacht werden.

Köln, 17. Juli 1915.

gez.: v. Held, General der Infanterie und Gouverneur.“

Wir teilen in Nr. 29 der „Bergarbeiter-Zeitung“ den Erlaß des Generalkommandos des 1. bayerischen Armee-Korps in München gegen den Lebensmittelwucher mit. Diefem Vorgehen haben sich inzwischen die Generalkommandos des 2. und 3. bayer. Armee-Korps angeschlossen.

Maus mit der Wahrheit!

Als kürzlich in Nürnberg Versammlungen abgehalten werden sollten gegen die künstliche Verteuerung der Lebensmittel, verbot die Polizei das Anheben von Plakaten mit der Ueberschrift: „Gegen den Lebensmittelwucher!“ — wohl unter Zugrundelegung der bekannten Behauptungen in bezug auf Verteuerung der unteren Volksklassen. Das stellvertretende Generalkommando aber, an das nun appelliert wurde, entschied kurz und gut: „Die Ueberschrift muß bleiben, denn sie ist angebracht!“ In der Bevölkerung wird man diese wie so manche frühere volksfeindliche Stellungnahme einiger Militärbehörden noch lange in angenehmer Erinnerung behalten.

Verstümmelte Landwirte.

Der Landrat des Kreises Minden (i. A.: Kretschmar, Reg.-Ass.) macht unter dem 18. Juli bekannt:

„Nach den in jedem Jahre stattfindenden Anbauerstellungen betragen die mit Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln bestellten Flächen im Kreise Minden für das Jahr 1913 rund 114 000 Morgen. Es geht durch schriftliche Anzeigen der einzelnen Betriebsleiter vorgenommene Feststellungen ergeben für dieselben Fruchtarten nur rund 91 000 Morgen, also 23 000 Morgen weniger. In der Annahme, daß alle unrichtigen Angaben auf Versehen beruhen, sichere ich jedem, der seine Angaben bis zum 24. Juli berichtigt, Straffreiheit zu. Nach dem 24. Juli wird keine Rücksicht mehr genommen.“

Der Lebensmittelpekulant.

Er kennt nur eines: den Profit.
Er macht bei allem seinen Schmitt.
Er preßt den Krieg mit Herz und Mund,
Der Lumpenhund.

Den Markt beherrscht sein Latendurst.
Das Volkswohl ist ihm gänzlich wurst.
Dafür schwillt Wauch und Peniel rund
Dem Lumpenhund.

Die Ware steigt auf sein Gebet,
Die Virtualien und das Fleiß;
Sie nähren erst die Lebensjung
Des Lumpenhunds.

Ja, Michel, warum sagst du nur?
Nimm ihn doch endlich in die Arz
Und hau' ihn bis zum Seelensturz,
Den Lumpenhund!

Sieben Ges. im „Streikbrosch.“

Der große Petroleumbrand in Galizien.

Ueber die Vernichtung der galizischen Petroleumlager durch die Russen nach ihrem Abzug schreibt Karl Franz Kozal in der „Sächsischen Zeitung“ u. a.:

Am Morgen fuhr ganz Warschau erschrocken aus dem Schlafe. Die Häuser bebten von einem jurchtbareren Schläge, der von einer Kanonade herrühren konnte. Noch fanden der Geschüge die Stunden weit, ihr Schall kam nur schwach und dumpf herüber. Und unmittelbar nach dem Donnereschlag ließ vor der Stadt eine Rauchsäule jenseits in der Himmels.

Jedem ein Unglück mußte geschehen, eins der Petroleumlager bröchen in Rodicz, das ja auch das Erdöl in der Schatzkammer hatte, die Warschau, wie Goubitz, wie fast alle Orte in der Runde, mußten einer Explosion in die Luft gerissen werden sein. So jäh kam ich aus die Sache nicht an, wie das Unglück vor sechs Jahren, als die Petroleumwerke brannten, aber immerhin mochten 400 Zitzener Oel verloren sein, da es an Löschern fehlte und die Russen nicht wußten, was sie mit dem Abzug durch Gefährdung zu bezoggen. Wenn die Moske rechtzeitig abgesehen werden konnten, diese waren, sieben Eisen-schlangen, die die Petroleumwerke untereinander verbunden, mußte auch niemand für die arabischen Werte in Rodicz stehen. Man wußte nichts mehr von der Rodizger Richtung, der Rauch konnte durchdringen, die weißen Häuser des Ortes waren nur Rauch und Asch angedeckt. So war die Erregung in Warschau nicht leibhaftig groß. Die marschierenden Russen hatten alle Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In ihren Marschschritt schlug am hellen Vormittag jener große Schlag, der die Häuser aus nächster Nähe erschütterte, alle Fenster zertrümmert aus dem Rahmen warf und jetzt jede Möglichkeit eines weiteren Zu-

falls gerührt. Die neue Rauchsäule stand über Gubitz, dicht am Rande der Stadt, Rosalen galoppierten aus der Richtung von Gubitz nach Warschau herein — jetzt wußte man: die Russen zündeten die Petroleumboire an, alle Petroleumboire würden folgen. ...

Und nunmehr rast das Entsetzen durch die Stadt. Schwere Wolken verfinsterten den Himmel. Die Sonne verbarg sich hinter dem Hundsternstreich, der aus dem brennenden Oel stieg. Sie verschwand bald ganz. Jetzt ließen die Juden und Christen aus den Häusern, sie schrien sich über die Gasse zu, daß nicht nur die Petroleumboire, daß auch die Häuser angezündet würden. Die Weiber rafften ihr Volksgut zusammen, sie haberten mit der Nachbarin, in deren Haus sie flüchten wollten, weil es doch fünfzig Schritte weiter vom rauchenden Kessel lag. Die Kopflosigkeit stieg, als mittags um 2 Uhr die Union in Brand geriet. Eine Stunde später brannten die Thurn- und Taxis-Kessel. Und jetzt wurde das Unheil ein Gigant, der von Kessel zu Kessel stieg. Um 4 Uhr schickten die Branngaz, Vakuum, Wasserlein schwarze, lautlos sich haltende Geister in den Himmel.

Aber die Stadt hatte wider vom Geschrei der Verzweifelnden. Die Sonne war unsichtbar geworden, obgleich der Himmel keine Wolke irag, den heizer Sonntag durchschneit plötzlich eilige Kälte. Wenn manchmal die Rauchsäule sich verdünnte, hing hinter ihr noch selbundenlang die Ermenische, malt wie ein großer Perlmutternopf, aber das sahle Licht in Warschau wandte sich immer mehr zur Finsternis. Und die Russen zerschickten. Ihre Pferde, hochbehaft mit Fouage-kübeln, schickten in den Lärm, ihr Schlachtwich, das sie mitführten, brüllte, von Fesseln gepackt. In die Polkottloire zu beiden Seiten der Straße, die der endlose Train füllte, dröhten die Schritte der Branngaz. Sie mit geknicktem Kopf, das Gewehr über die Schulter, vorwärtsgerichtet, wie ein eingetier, tausendfach wiederholter, verflucht, ihrer Schleg. Der Rauch schwärzte ihre Gesichter, der Rauch füllte sie und alles ein, stidige Gasse rollten rund um die Stadt und sie wußten es in die Kessel der Angitgeschüttelten, die sich in den Häusern, jäh alle in den Kellern, verdeckt hatten. Aber noch war das Unheil nicht erfüllt. Das Unheil schritt weiter.

Die Rosalen ritten nach Luslanowice. Sie hatten es nicht nur auf die Petroleumboire abgesehen, sie wollten zu den Bohrtürmen und Gasbehältern, die am Südbang von Warslau gegenständig wie graue Gnommen mit großen Kapuzen standen. Als der Ingenieur der Petroleumwerke ankam, um zu retten, was vielleicht zu retten war, rauchten 20 Türme. Die Rosalen waren von Wat geschützt, denn vier ihrer Reite waren in einem einzigen Aufstausen verbrannt, als sie den Kellern des Schatzes Ojumiya mit Streichhölzern ansetzen wollten; aber auf dem brennenden Gang verbandete er mit ihnen um den Preis, um den sie jeden noch erhaltenen Larm verlohnen. Sie wußten für jede Grube 25 Rubel nehmen, aber der Mann bot ihnen 30. Die Rosalen ließen es bei den 20 Zehnringen stehen, bis, über das Gebirge verrennt, gab in die Unendlichkeit dieser Nacht fahren. Zwei Stunden jagten wieder nach Warslau zurück, um dort den letzten Aufstausen des Erbes zu bereiten. Als die Nacht kam, hatte sich über Warschau ein dämmelndes Licht, sie wußten sich nicht mehr mit den Russen, nur denen sie sich gewöhnt, das Petroleumwerkzeuge jäh Nacht geschritten hatten, sie hatten jetzt schon immer die „Brannlöcher“, durch

die sonst der Reinger Ketter, haben sie aus, so daß das Oel in vollen Strömen entfloß. Sie hatten Zugwolle mit, die sie tranken, anzündeten und aus der Ferne schleuderten. Zündschnüre von großer Länge steckten sie in das Mannloch der Gashaube, oben auf den Dächern der Petroleumboire, und entzündeten sich schleunigst. Es brannten endlich 50 Petroleumboire, in Gubitz zehn Kessel mit Petroleum, in Wolanta allein 1800 Waggons Oel. Sie rissen die Erdreiserboire auf und warfen auch in sie das Feuer. Als die Nacht ganz da war, rauchte und flamme aus Gruben und Türmen, aus Behältern und Kesseln die Hölle.

Demn jetzt kämpfte das Feuer mit dem Rauch. 32 000 Zisternen nährten es, 170 Schächte waren endlich der Brandherd; 180 Millionen rauchten noch einmal auf, die Millionen, die in wilder Zornie zum letzten Male als reines Gold zur Hölle wollten. Und das Feuer war wieder das Urbild aller Elemente, eine fließende, selbtherrliche, jubelnde Welt, die niemand mehr bezwang. Im Rauch verlor es sich manndmal, in der Mitte, verdeckte sich selbst zehn Meter hoch; aber dann stieg das rollende Gold noch einmal über den schwarzen Rauch, stieg in die Nacht als eine einzige gleißende Fahne, die die schwarzen Geister zu Fahnenmasten zwang. Und das Feuer begann zu zeichnen. Reiter und Wagen, Köpfe und Häuser, Feuerlandschaften führten brennend durch den Dampf. Wo er dünner wurde, gab ihm das losgelassene flammende Oel einen Widerschein zurück und der durchhellte Dampf feierte den Formerausbruch der Wolken, feierte in Milliarden von Zündungen die Orgie der Farbe. Im Anfang war der Rauch gelblich, aber jetzt herrschte das Feuer. Es verhöhte die Sonne, die sich längst von diesem Schauspiel abgemandt hatte, die kühle Nacht im Bergwind, der in den Flammen zu spielen anfing, wurde tropisch. In der Stadt hielten es die Menschen in den Kleidern nicht aus, sie warfen sie von sich. Die Russen hatten nicht alle Kessel angezündet, aber das Oel begann unter dem Feuer rundum in allen Behältern zu wallen und zu fließen. In den Gashäusern fliegen die Dämpfe, sie sprengten plötzlich unter nie gehörten Kanonaden die Haube, aus der jählings eine neue Flamme schlug. Und die Blechwände bogen sich, ehe sie niedererschmolzen, zu durchsichtigen Glashaubenwänden, die flammengunge überdeckte sie, bis sie mit einem dampfenden Stöhnen jürzten und das Feuer allein triumphierte. Wenn die Gashäuser erwiderten, war die Luft über zwei Kilometer weit mit feinen, silberweißen Blechwänden durchdringt, die die Felder vor der Stadt besäten und noch heiß sich in die Gesichter der Menschen löhnten. Letztere selbst wußten nicht mehr, ob es Tag war oder Nacht. Als zwölf Stunden vorüber waren, als die Uhren neuen Mittag zeigten, suchten sie ihre Wege mit Fadeln und Lampen. Und es war keine Erlöschung, daß das Wetter, das seinen untergehenden konnte, sich gewandelt hatte, daß plötzlich Regen nieberging. Der Regen schlug siedend in die Gesichter, die er jähwarz bemalte. Schon währte die Hölle 24 Stunden, aber jetzt ert, da die letzten Notten der Russen abgezogen waren, jetzt ert, da die Rosalen fort waren und die Dragoner, gab es die Möglichkeit der Flucht aus dem brennenden Naphtha. Das Naphtha aber brannte sechs Tage und sechs Nächte. Dann sprang die Flamme von den Petroleumboiren, von den Blechwänden auf untergehende Tanks über, die bis dahin dem Feuer getrocknet hatten, und loderten von neuem auf.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Einigung der rheinisch-westfälischen Werksbesitzer.

Zwangsfonditate im bayerischen Bergbau?

Zurecht hilft, besonders wenn "Dien muß!" Der preussische Herr Handelsminister hat den rheinisch-westfälischen und den linksrheinischen (Oberbergamtsbezirk Bonn) Kohlenwerken als Frist für die freiwillige Einigung...

Aus Bayern wird uns geschrieben: "Die Bundesratsverordnung über die Errichtung von Vertikalgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau wird auch in Bayern zur Anwendung kommen. (7. Nov. d. W. Z.)"

Der Verband der Lithographen und Steindrucker zählte am Jahresabschluss 1914 11 028 Gehilfenmitglieder und 1925 Vorstandsmitglieder, gegen 16 583 bzw. 2248 im Jahresanfang. Bis zum 31. Dezember 1914 wurden 4949 Gehilfen- und 69 Lehrlingsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen.

Der Verband der Arbeiter der Gastwirtschaften zählte zu Beginn des Jahres 1914 16 025 und am Schluß 12 805 Mitglieder. Davon wurden bis zum 31. Dezember 1914 4441 = 36,9 Prozent zum Kriegsdienst eingezogen, so daß 7684 Mitglieder verblieben.

Der Lederarbeiterverband zählte zu Beginn des Jahres 1914 16 481 und am Schluß 15 877 Mitglieder. Bis zum 31. Dezember 1914 waren 4178 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen.

Verständigung unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen?

Im Jahresbericht des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschafter für 1914 wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsausschusses im Bergbau seien "die zwei besonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände" wieder aufgenommen worden.

Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von fest zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es stellt außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer und zwar auch solche von größter Bedeutung geben wird.

Internationale Rundschau.

Die Antwort der Franzosen

auf die friedensfreundlichen Kundgebungen deutscher Sozialisten steht nun vor in einem Beschluß des großen Nationalrates der französischen sozialdemokratischen Partei. Der Beschluß spricht sich für die Fortsetzung des Krieges und für die Wiedervereinigung des Elz-Lothringens mit Frankreich aus.

Die sozialistischen Kriegseinde in England

sind nicht etwa, wie man nach gewissen, auf die Zurechtweisung der Beser berechneten Zeitungsberichten schließen könnte, unter allen Umständen gegen eine Kriegsbeteiligung. Vielmehr haben gerade die Wortführer der für den raschen Kriegsende agierenden unabhängigen Arbeiterpartei oft genug erklärt, wenn sich England in einem Verteidigungszustand befände, dann würde auch jeder Sozialist ein Landesverteidiger sein.

Bergarbeiterstreik in Südwales beendet.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales, der am 15. Juli begann, wurde am 21. Juli beigelegt, nachdem die Forderungen der Arbeiter bis auf einen Punkt bewilligt waren.

einer Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter am 21. Juli in Cardiff wurden die Arbeitsbedingungen, wie sie vom Exekutivkomitee aufgegeben worden waren, mit großer Mehrheit angenommen. Der "Abnischen Zeitung" vom 26. Juli wird aus London berichtet: "Alle Bergarbeiter haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Doch wird erwartet, daß vor Ende der Woche die Beschäftigung wieder normal sein wird."

Amerikanischer Massenprotest gegen die Kriegsprofiteure.

Vor 70 000, nach anderen Meldungen sogar vor 100 000 Menschen sprach in New York der frühere amerikanische Minister des Aussen, Eben A. Root, der infolge Differenzen wegen seiner entschiedenen Verteidigung unbedingter Neutralität der Vereinigten Staaten aus der Regierung trat.

Das amerikanische Volk fordert Frieden mit aller Welt. Es verlangt von Regierung und Volk die Einhaltung der strengsten Neutralität gegenüber den kriegsführenden Mächten, nicht nur im Wort, sondern in der Tat, es fordert die Einhaltung einer Neutralität, die nicht auf buchstäblicher Auslegung der Gesetze beruht, sondern die Tatsachen der Wirklichkeit wie die praktischen Folgen berücksichtigt.

Das Leben amerikanischer Bürger, die unter dem Schutze der Gesetze zu erlaubten Zwecken die Meere beschiften, muß unter allen Umständen respektiert und geschützt werden. Mit der Pflicht der Regierung, die im Auslande befindlichen Bürger zu schützen, geht Hand in Hand die Pflicht der Bürger, sich nicht auf unbefangene Abenteuer einzulassen, welche der Regierung bei ihren Bemühungen Schwierigkeiten bereiten könnten.

Die Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschlichkeit verlangen, daß die Ausfuhr von Waffen und Munition an die Kriegsführenden verboten wird. Wir verworfen als einer großen Nation unwürdig das blendende Schlagwort, daß ein souveräner Staat seine Ausfuhrrechte nicht ändern dürfe, weil gerade ein Krieg zwischen anderen Völkern im Gange ist.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Abolf Brintmann f.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juli ist im evangelischen Krankenhaus zu Hördt einer unserer alten Kämpfer, Adolf Brintmann, Vertrauensmann der Bahnhofs-Hörde, an den Folgen eines erlittenen Unfalles aus dem Leben geschieden. Er hat immer der Arbeiterbewegung treulich gedient.

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Scholven (Jistus) fand am 18. Juli in Gladbeck statt. In mehreren Eingaben an die oberen Behörden hatten wir schon früher die Beschwerden der Belegschaftsmitglieder dargelegt. Einige sind beseitigt worden, nachdem wir wiederholt in der "Bergarbeiter-Zeitung" dazu Stellung nahmen.

Auch in dieser Versammlung wurden wieder eine Reihe Beschwerden vorgebracht. Besonders ist heute der Verdienst, der als unzulänglich bezeichnet werden muß. Es sei ja zugegeben, daß im allgemeinen der Staat hier etwas höhere Löhne zahlt als die Privatgrubenbesitzer, aber mit Löhnen von 5,97 Mk., 6,11 Mk. und 6 Mk. für Hauer, wie sie ein Arbeiter vorzutragen kann, kann jetzt niemand existieren.

Auch haben die Arbeiter jetzt viel über die Kosten für die Wurmuntersuchungen. Sie empfinden solches einfach als Schikane. Sicher ist, wenn der Grubenbesitzer die Kosten tragen müßte, dann wären diese Untersuchungen in der doch meist untauglichen Form längst beseitigt. Was aber allseitig als Grund dafür angegeben wurde, daß die Arbeiter so wenig Gehör finden, ist die mangelhafte Organisation. Verlangen, fordern, aber nicht beitragen! So sieht es leider aus. Und so lange es so bleibt, ist der Bergarbeiter der Schindluder seiner eigenen Befehle.

Unsere Kaffierer.

Wir wollen heut unser Augenmerk auf unsere Kaffierer lenken, Sie haben es wahrlich gar nicht leicht, Das wolle man stets bedenken.

Wenn andere schon längst bei Müttern zu Haus sich ruhen auf weichen Kissen, Gibt noch der Kaffierer und recknet aus, Liebt Marken und schreibt Bittern.

Sinkt einer mal mit dem Beitzag nach Und ward ihm ein kleiner Bissel, Dann streitet man's oft dem Kaffierer ab Und er ist der Sünderbüffel.

Gedenket der Männer, die bis tief in die Nacht Noch über den Waldern sitzen, Bis eins nach dem andern in Ordnung gebracht In Eurem Interesse und Nutzen.

Und ist dann die letzte Marke geklebt, Vorbei das Gegerer und Geiue, Dann klappt er erleichtert die Mappe zu, Ihm winkt die verdiente Ruhe.

Jenny Horn.

Ob gute oder schlechte Ernte, die Teuerung bleibt.

Dieser leidet nur zu berechtigten Volksmeinung, die keineswegs harmloser Natur ist, gibt ein Poet in der „Mheinischen Zeitung“ wie folgt Ausdruck:

Trockenheit. Des Feldes Frucht kriegst die Kränke. Du verflucht! Geht's so weiter, Konsumant, kommt ein Aufschlag: f u n f Prozent.

Dieser kommt. Doch auch der Regen Strömt herab mit mildem Segen. Feldfrucht kriegst jetzt Wasserflucht. Aufschlag: a h n Prozent gebucht.

Und der große Wettermacher schaut erschüttert diesem Schacher. Ob er's so macht oder so, Wird er seiner Kunst nicht froh.

Denn ob's sonnenschein, ob's wittert, ob es Hagelschloffen schmettert, ob es trübe, ob es heiter — steigen doch die Preise weiter...

175 000 M. Verlust beim städtischen Kartoffelverkauf.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: „175 000 Mark Verlust beim städtischen Kartoffelverkauf. In den Gemeinden, die besonders hohe Verluste beim städtischen Kartoffelverkauf erlitten haben, gehört Charlottenburg. Der Magistrat Charlottenburgs hatte rund 80 000 Berliner Kartoffeln gekauft, um sie zum Wiederverkauf an Charlottenburger Kleinhändler abzugeben. Ein großer Teil der Kartoffeln blieb aber wegen der hohen Preise un verkauft. Bis zum 20. Juli mußte die Stadterwaltung die zu hohen Preise — 8 bis 9 M. für den Zentner — auf Abruf gekauften Kartoffeln abnehmen, und, um sie nicht dem Verderben preisgeben, hat sich der Magistrat entschlossen, 85 000 Zentner mit einem Verlust von 5 M. für den Zentner den Produzenten zu überlassen. Durch dieses Geschäft erleidet der Stadtkäsel einen Verlust von 175 000 Mark. Die „Produzenten“ haben also 175 000 M. für nichts eingetroffen! Und da greifen weder Polizei noch Militärbesorbe ein? Wahrscheinlich ein Dokument von unserer Reiten Schandell“

Teuerung und Bergarbeiter.

Unter der Ueberschrift: „Kohlen, Munition, Geld und Soldaten“ veröffentlichten die „Armonia“ und die „Essener Volkszeitung“ am 20. Juli eine Betrachtung über die Wirkung des Bergarbeiterstreiks in Wales auf die Kriegsführung der Gegner Deutschlands. Unter anderem wird dort gesagt:

„Es ist nur natürlich, wenn die Arbeiter in dieser Zeit der allgemeinen und brüderlichen Teuerung eine gehörige Lohnerschöpfung verlangen. Man hätte ihnen rechtlich so viel bewilligen sollen, als zur Erhaltung des Friedens und der Arbeitslust notwendig war. Das hätte freilich Geld gekostet, aber angesichts der Wichtigkeit der Kohlen hätte die Staatskasse schließlich für die Mehraufgaben einzupringen müssen. Davor scheute man freilich wegen der Geldknappheit zurück.“

Wir können nur konstatieren, daß wir in diesem Falle ganz einer Meinung mit den genannten Zentrumsblättern sind. Jedoch trifft die so treffend gekennzeichnete Lage keineswegs bloß für die englische Bergarbeiterschaft, sondern wohl in selber Maße auch für die deutsche Bergarbeiterschaft zu, da nach einer Statistik des „Reichsanzeigers“ die Preise von 15 der wichtigsten Lebensmittel im Einzelhandel um 89,5 Prozent gegenüber Mai v. J. gestiegen sind. Wir dürfen wohl erwarten, daß nunmehr diese Wälder mit derselben Schärfe für eine Lohnerschöpfung der deutschen Bergarbeiter eintreten, welche natürlich so bemessen sein muß, daß die Verteuerung der Lebensmittel aufgezwogen wird.

Kriegsinvaliden sollen nicht als Lohnrücker verwendet werden.

wie das aber auf Zeche Schamrock verstanden wird, zeigt folgender Fall: Der Fördermaschinenführer Wilhelm Gottschalk in Siedel, Rotbruchstraße 22, hat einen Arm- und Bauchschuß erhalten und ist als Kriegsinvalide mit einer Rente von 24,50 M. vom Militärdienst entlassen. Er nimmt seine Arbeit als Fördermaschinenführer auf Zeche Schamrock I u. II wieder auf, hat dieselben Arbeiten zu verrichten wie seine anderen Kollegen, erhält aber an Gehalt 24,50 M. weniger wie die anderen. Hier wird also die Rente an Lohn gekürzt.

Auch eine sehr üble Kriegsfolge.

Was früher niemals im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Fall war, jetzt ist es eingetreten: weibliche Arbeiter werden hier auf Gruben- und Hüttenwerken beschäftigt! Noch nicht auf allen, aber das Uebel breitet sich aus. So wurde nun auch auf der Zeche Schamrock bei Mülheim folgender Anschlag ausgeführt: „Es werden Arbeiterinnen eingestellt. J. U.: Der Obersteiger.“ Schon seit einigen Wochen kann man auf den hiesigen Zechenplätzen, an den Bahnen und auf den Halben Mädchen und Frauen in dem Kohlenred hantieren sehen. In Oberstschleien ist das ein gewöhnliches Bild, im Ruhrgebiet aber hat man das bisher nicht gekannt. Unter Tage dürfen weibliche Arbeiter unbedingt nicht beschäftigt werden! Dem steht das Gesetz entgegen. Wir ersuchen trotzdem unsere Kameraden, scharf darauf zu achten, ob nicht doch etwa der Versuch gemacht wird, dieses Beschäftigungsverbot zu umgehen! Dies würde sofort dem Bezirksvertrauensmann zu melden sein, damit der die Sache untersucht und eventuell das behördliche Einschreiten veranlaßt. Wir haben sonst Grund genug, bedauern zu müssen, daß auch das gesetzliche Verbot der unterirdischen Frauennarbeit nicht überall beachtet wird. Gegen die Kaszierung weiblicher Arbeitskräfte in der Bergwerksindustrie überhaupt, also auch über Tage, haben sich bekanntlich wiederholte die Bergarbeiterkongresse scharf ausgesprochen. Sie fand in namhaftem Umfang nur noch in Oberstschleien statt, keinesfalls zum Vorteil der Arbeiterbevölkerung, was auch immer zur Beschönigung der montanindustriellen Frauennarbeit gesagt und geschrieben sein mag. Jetzt greift das Uebel auch auf andere Bergwerksbezirke über. Während des Krieges können wir nur darauf acht geben, daß die weiblichen Arbeiter nicht gefahrlos ausgenutzt werden. S. J. der Krieg zu Ende, dann muß auch die Frauennbeschäftigung in der Bergwerksindustrie aufhören! Denn die Vergleute werden dann diesen sehr üblen sozialpolitischen Rückschritt, der uns die jammervollen bekannnten „oberstschleischen Zustände“ als Regel befechteten würde, nicht ruhig hinnehmen.

Die Macht der Arbeitereinigkeit

preis das Grubenbestreuerorgan, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 172 vom 25. Juli), ungewollt in einer Betrachtung über den Bergarbeiterstreik in Südwales. Zunächst sagt das Blatt, es scheint so, als ob diese und andere Ergebnisse in der englischen Arbeiterbewegung in einem anfänglichsten Teil der deutschen politischen Presse tatlich falsch behandelt würden. Wer der Meinung war, daß ein solcher Streik der deutschen Sache nützen würde, weil er die englische Schädige, der habe nichts besseres tun können, wie einfach den Mund zu halten und zuzuschauen. Sobald wir uns merken lassen, daß wir uns über den Streik freuen, hätte die englische Regierung das Neueste darangesetzt, denselben auf der Welt zu schaffen, nachdem sie vorher durch ihre offenbaren taftischen Fehler die Gefahr erst heraufbeschworen hatte. Verschiedene Aeußerungen der deutschen Presse über den Streik hätten der englischen Regierung geschloffen, denselben aus der Welt zu schaffen; den streikenden Bergleuten seien dieselben vorgehalten und gesagt worden: Seht, ihr helft dem Feind, der sich über euren Streik freut! Wer sich darüber unterrichten wolle, solle die „Times“ vom 20. Juli lesen, die unter der Ueberschrift: „Entzünden in Hamburg“ eine ganze Spalte aus Hamburger Blättern wiedergebe, die angeblich über den Streik publizierten. Wörtlich heißt es dann in der „Vergm.-Ztg.“ weiter:

„Wir gehören nicht zu denen, die geglaubt haben, der Streik der Vergleute in Südwales werde unserer Sache förderlich nützen. Wohl dem sind seine Begleitersehnungen höchst beachtenswert. Zunächst gelte sie, daß das mit so fürchterlichem Wortschwall angepriesene englische Munitionsgesetz, das förmlich als die Rettung des Vaterlandes bezeichnet wurde, ein toter Buchstabe ist. Es enthält eine Klausel, durch die das Streiken in solchen Werken, deren Erzeugung direkt oder indirekt der Herstellung der Munition dient, verboten wird. Die Strafe für jeden Tag, den ein Arbeiter streikt, beträgt 5 Pfund Sterling oder 100 Mark. Durch eine besondere königliche Proklamation waren die wälscher Vergleute unter das Munitionsgesetz gestellt worden. Trotzdem legten mindestens 180 000 von ihnen, wenn nicht 200 000, an einem und demselben Tage die Arbeit nieder und diese große Zahl ist mindestens sechs Arbeitstage der Arbeit fern geblieben. Und doch hat die Regierung nicht gewagt, auch nur einen einzigen Arbeiter unter Anklage zu stellen oder von einem einzigen die Buße einzuziehen.“ Herr Lloyd George, der Vater des Gesetzes, hat nach all seinen bombastischen Reden dulden müssen, daß bei der ersten Probe, die das Gesetz auszuhalten hatte, die Arbeiter es ihm wie einen zerbrochenen blauen Stein vor die Füße warfen. Und er hatte nicht den Mut, das Gesetz in seine Faust zu nehmen. „Die Arbeiter haben“, so sagt der Sonderberichterstatter der „Times“ im Streikgebiet, „durch förmliche Entschloßung kundgegeben, daß, wenn gegen einen einzigen Mann das Strafverfahren eingeleitet wird, sei er Gewerkschaftsbeamter, Delegierter oder Mitglied des Ortsausschusses, die gesamte Bergarbeiterschaft die Arbeit so lange verweigern wird, bis das Verfahren zurückgenommen ist.“ Das bedeutet die offenste Rebellion gegen das Gesetz, und die Regierung ist feige und machtlos genug gewesen, vor der Rebellion zu kreuz zu kriechen. Sie hat niemanden verfolgt, sie hat, nachdem der Streik einige Tage gedauert hat, die Arbeitgeber moralisch gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und diese Himmelhoch gebeten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Fürwahr ein jämmerliches Schauspiel! Der Fehler, der gemacht worden ist, liegt natürlich darin, daß man die Munitionsfrage durch ein Gesetz, statt durch eine vernünftige, natürliche Organisation lösen wollte, und daß man in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die unmöglich und daher undurchführbar sind. Man kann, außer im Buchstabe, keinen Menschen zur Arbeit zwingen, der entschlossen ist, nicht zu arbeiten, und selbst dann hat er nach den Ausweg, sich verhungern zu lassen. Die wälscher Vergleute hatten diese einfache Winzengewalt, gegen die die Weisen von Westminster vollkommen blind gewesen, sofort erkannt. Sie wußten, daß man von einem einzelnen Arbeiter schließlich 100 Mark einziehen und ihn im Nichtzahlungsstade einsperren kann — was übrigens im Gesetz nicht einmal vorgesehen ist —, daß man aber gegen zehntausend, gefahrlos denn gegen hunderttausend Arbeiter, die gemeinsam handeln, einfach machtlos ist. Man kann von ihnen weder das Geld einziehen, noch sie einsperren, ganz abgesehen davon, daß man es in Südwales mit einem Volksstamm zu tun hat, der zwar sehr kapellenfromm, aber gleichzeitig so wild und ungebärdig ist, daß es ihm auf gewalttätigen Widerstand und Blutvergießen nicht ankommt. Die Kapitulation der Regierung und von Recht und Gesetz in dieser trassen Form wird sich an England bitter rächen, wenn erst der Krieg vorbei ist.“

Eine solche Macht wie die englischen könnten auch die deutschen Bergarbeiter haben, wenn sie sich nur einig wären.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Eingabe an das königliche Oberbergamt zu Bonn.

Herzogenrath, den 13. Juli 1915.

Die Unterzeichneten erlauben sich, dem königlichen Oberbergamt folgendes ergeben zu unterbreiten:

Unter der unterirdischen Belegschaft der Zeche Nordstern herrscht große Unzufriedenheit, weil die Verwaltung fortgesetzt Kohlenwagen umtippen läßt und diese Kohlen zum Nachfüllen verwendet.

Bis vor einigen Wochen geschah das Umkippen beim Nachfüllen am Schacht. Hierdurch konnten die Arbeiter feststellen, daß an einzelnen Tagen im Monat Mai 42 bis 45 Wagen umgekippt wurden. Diese große Zahl umgekippter Wagen hatte eine große Unzufriedenheit unter den Belegschaftsmitgliedern zur Folge. Anscheinend um den Arbeitern die Kontrolle über die Zahl der umgekippten Wagen zu erschweren, erfolgt jetzt das Umkippen beim Beladen in den einzelnen Revieren. Zu den einzelnen Kameradschaften fehlen bei einer Förderung von 17 Wagen durchweg zwei Wagen.

Auf Beschwerde des Hauer's Flecken erklärte diesem gegenüber Herr Betriebsführer Rosenbaum, er brauche das Umkippen der Wagen, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Kameradschaften, die nicht an Lohn kämen.

Daß die Verwaltung von Nordstern selbst das Umkippen als wesentlich nicht zulässig hält, beweist folgendes:

Am 8. Juni beruhigte auf Nordstern der Hauer Weber. Am 9. Juni wurde der Einfahrer erwartet zur Vornahme der amtlichen Unfalluntersuchung. An diesem Tage wurden keine Wagen umgekippt. Da der Einfahrer erst am 10. Juni kam, wurde auch an diesem Tage das Umkippen unterlassen, jedoch am nächsten Tage wieder damit begonnen.

Da das Umkippen der Wagen zum Beladen nach dem Haren Wortlaut des Vergesetzes sowie auch nach den Erklärungen der Bergbehörde ungesetzlich ist, bitten wir das königliche Oberbergamt, der Zeche Nordstern das weitere Umkippen von Kohlenwagen zu verbieten. Wir weisen darauf hin, daß der Arbeiterauschluß wiederholt wegen des Umkippens bei der Verwaltung erfolglos Beschwerde geführt hat.

Zugleich erlauben wir uns, nachfolgendes mitzuteilen: Im Revier IV, Flöz 12, Abteilung Steiger Rosenbaum I, wurden anfang Juni Arbeiter von Kohlennummer 131 infolge der Pulverschwaden so schlapp, daß sie in gesunde Luft getragen werden mußten. Anfang Juli wurden fünf Mann von Kohlennummer 123 und 131 so schlapp, daß dieselben zu Tage gefördert werden mußten. Da diese Vorkommnisse durch ungenügende Ventilation verursacht wurden, dürfte eine genauere Untersuchung angebracht erscheinen. Herr Betriebsführer Rosenbaum scheute sich nicht, das Schlappwerden der Arbeiter als ansehnliche Krankheit zu bezeichnen, also die betreffenden Arbeiter offen zu verdächtigen, als seien sie mutwillig „schlapp“ geworden.

Zum Schluß erklären wir uns bereit, Zeugen zu benennen, falls seitens der Verwaltung der Zeche Nordstern unsere Angaben bestritten werden.

Mit hochachtungsvollem Glüd auf!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A. M. Schöffer.

Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bezirk Wurmrevier.

J. A.: B. Garich.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Empfindliche Strafe für Kartoffelwucher.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Kartoffeln ist vom Landgericht Halberstadt am 19. Mai der Kaufmann Paul Höpfer in Wledendorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 20. November 1914 hat der Angeklagte beim Postamt in Wledendorf sein Gewerbe für Kartoffelhandel angemeldet. Mit dem Kaufmann Körner in Magdeburg, der schon vor dem 2. August 1914 den Kartoffelhandel betreibt, will er sich in der Weise zum Betriebe eines „Mittel-deutschen Handelskontors“ zusammenschließen haben, daß A. sein Recht, als Kartoffelhändler zu gelten, in die Genossenschaft einbrachte und als Entgelt einen Pfennig für jeden verkauften Zentner erhielt, während der Angeklagte im übrigen das Geschäft selbständig und auf eigene Rechnung betrieb. Durch diesen Vertrag, den das Gericht als Scheinvertrag angesehen hat, soll der Angeklagte sich das Recht, höhere Preise zu fordern, erschlischen haben, welche die Bundesratsverordnung vom 25. Februar nur denjenigen Kartoffelhändlern einräumt, die ihr Gewerbe bereits vor dem 2. August 1914 betrieben haben. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat bestand darin, daß er der Stadt Siegburg, die durch Vermittelung eines gewissen W. einen größeren Posten Kartoffeln, und zwar die Sorte „Indultra“, bei ihm bestellt hatte, später, als er die Lieferung bewirkte, einen um 1,75 M. höheren Preis als den Höchstpreis verlangte. Da es sich, wie es in den Urteilsgründen heißt, um eine ganz große Ausnutzung der Postlage einer Stadtgemeinde handelt, der Angeklagte auch bereits wegen Betrugs verurteilt ist, so hielt das Gericht eine Strafe von drei Monaten Gefängnis für angebracht. Seine Revision wurde am 23. Juli vom Reichsgericht verworfen.

Es ist nur zu beklagen, daß nicht alle Wucherer gefaßt und bestraft werden können. Immerhin könnte der Wucher viel wirksamer bekämpft werden, wenn die Käufer in allen Fällen, wo sie darauf überborteilt werden, Strafanzeige erstatteten.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 25. bis 31. Juli 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wegen anbauender Behinderung des Kameraden Munsbed hat der Kontrollauschuß den Kameraden Hermann Linke, Dortmund-Dortfeld, Empfängerstr. 1, an seiner Stelle ernannt. Alle Beschwerden sind daher an den Genannten zu senden.

Eintrittsgeld betreffend.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 2 unseres Statuts erstreckt sich auch auf die aus dem Krieg zurückkehrenden Kameraden, welche nicht aktiv gebient haben. Alle jetzt oder später aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Kameraden können also Mitglieder werden, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, falls sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Rückkehr dem Verbands beitreten.

Westerfide bei Bobelschwingh. Der Bergarbeiter Aug. Stichting in Westerfide, A-Str. 4, erzählt am 20. Juni d. J. unter Zeugen, ich kastrierte Geld für den Verband der Bergarbeiter und verbrauchte dieses zum Unterhalt meiner Familie. Ich erkläre hiermit, daß ich in Westerfide-Bobelschwingh noch kein Kassierer des Verbandes war, kein Geld kassieren und selbstverständlich daher auch solche Gelder nicht für den Unterhalt meiner Familie gebrauchen konnte. Wegen der Verleumdung habe ich den Stichting beim Schiedsrichter verklagt. Derselbe ist aber nicht erschienen. Wollte ich die Klage weiter führen, müßte ich die nicht unerheblichen Gerichtskosten zahlen, weil bei Sichtung voraussichtlich nichts zu pfänden ist. Diese Erklärung wird dazu beitragen, daß andere die Verleumdung nicht im guten Glauben weitertragen, da ich sonst gegen solche Personen im Klageweg vorgehe.

Zu vorstehender Erklärung teilt uns der Bezirksleiter Maneseller mit, daß die Angaben Wienolds auf Wahrheit beruhen, er dem Verband also nichts schuldet, noch geschuldet hat. Der Vorstand.

Rechtschutz betreffend.

Bezirk Gelsenkirchen. Wegen Krankheit des Sekretärs ist das Arbeitersekretariat geöffnet nur noch am Dienstag und Freitag, morgens von 9 bis 11 und nachmittags von 5 bis 7 Uhr. Neurobe. Das Rechtschutzbüro befindet sich seit 1. Juli Verbindungstraße Nr. 1.

Bibliotheken.

Sorten. Die Bibliothek befindet sich in der Wirtschaft Krümmel, Kaiserstraße, und ist jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr geöffnet. Die früher ausgegebenen Legitimationskarten haben noch Gültigkeit, zugleich muß auch das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen oder politischen Organisation vorgezeigt werden. Der Aktionsauschuß.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wrege erspart bleiben: Namen III.

Adressenveränderungen.

Samborn II. Der Vertrauensmann August Dölleschel wohnt jetzt Gustavstraße 16a. Weßmar. Die Geschäfte des ersten Vertrauensmannes besorgt jetzt Kam. Wilh. Sedz, Lünen a. d. L., Kolonie Viktoria, Knappenweg 16.

Krankentunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Herne III. Da sich die Zahlstelle Herne III mit Herne II verschmolzen hat, findet die Auszahlung der Krankentunterstützung auch für die Kameraden der bisherigen Zahlstelle Herne III beim Vertrauensmann Franz Schramm in Herne, Strümpferstr. 150, Stat. Mettenbach (Lothringen). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat beim Kameraden Haber, Kirchengt. 49. Freimengen (Lothr.). Beim Kameraden Aug. G. S. d. e. I., Sandstr. 9.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- | | |
|----------------------------------|---------------------------------|
| Paul Arnolt, Bohened. | Johann Lappah, Bodwa. |
| Franz Schlämer, Unterpelkenberg. | Johann Schubert, Roschlowitz. |
| Albert Raunborn, Falkenhain. | Peter Schabert, Sallgast. |
| Kurt Gudeland, Falkenhain. | Franz Rabi, Margu. |
| Paul Kresse, Nihma. | S. Müller, Wollfingen. |
| Dskar Gerschik, Neufelmitz. | Anton Matzsch, Datteln. |
| Emil Barusel, Herne I. | Bruno Schäfer, Heringsburg. |
| August Köhler, Herne I. | Karl Boganski, Buer. |
| Wilhelm Feincke, Wernburg. | Paul Schrüter, Weißstein. |
| Wilhelm Pfaff, Sangerhausen. | Paul Band, Weißstein. |
| Wilhelm Grah, Hardegen. | Gustav Schabel, Weißstein. |
| Alfred Fischer, Braud. | Wilhelm Doppel, Weißstein. |
| Richard Fischer, Braud. | Gustav Lanatewis, Helmstedt II. |
| Robert Fischer, Schlarmanz. | Alfred Walbemar Wödel, Wielau. |
| Gustav Matzsch, Stoppenberg. | |

Die Zahl der bis jetzt gefallenen Mitglieder beträgt 1894. Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Zahlstellenversammlung

findet am Sonntag, den 1. August, nachmittags 4 Uhr, beim Wirt Jansen in Sacklungshaus statt. Tagesordnung: Besprechung betr. der Knappschäftsstellenwahl. Aufstellung der Kandidaten. Berichtbesprechung.